

Geszentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes **zu dem Vertrag vom 19. Juni 1997** **zwischen der Bundesrepublik Deutschland** **und der Tschechischen Republik** **über den Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze** **und über den erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr**

A. Zielsetzung

Mit dem am 19. Juni 1997 unterzeichneten Vertrag soll der deutsch-tschechische Eisenbahnverkehr, unter Einbeziehung des erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehrs, auf eine vertragliche Grundlage gestellt werden. Mit seiner Hilfe wird der grenzüberschreitende Eisenbahnverkehr für die Eisenbahnunternehmen beider Länder auf eine solide Rechtsgrundlage gestellt.

B. Lösung

Mit dem geplanten Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifizierung des Vertrages geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Es entstehen keine Kosten für die Wirtschaft. Auswirkungen auf Einzelpreise sowie das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da der Vertrag lediglich Fragen technisch-betrieblicher Art sowie der Rechtsgewährung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und keine Bestimmungen zu Beförderungsentgelten enthält.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
042 (323) – 900 01 – De 10/99 (NA 4)

Bonn, den 16. Juli 1999

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 19. Juni 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze und über den erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

Der Bundesrat hat in seiner 741. Sitzung am 9. Juli 1999 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Gerhard Schröder

Entwurf

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 19. Juni 1997
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über den Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze
und über den erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Prag am 19. Juni 1997 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze und über den erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wird ermächtigt, Änderungen der Anlage gemäß Artikel 11 Abs. 2 des Vertrages durch Rechtsverordnung in Kraft zu setzen.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 20 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Vorschrift ermächtigt das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Vereinbarungen nach Artikel 11 Abs. 2 zur Änderung der Anlage des Vertrages durch den Erlaß von Rechtsverordnungen in innerstaatliches Recht umzusetzen.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 20 Abs. 1 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, besonders auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Gesetz nicht zu erwarten.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über den Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze
und über den erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr

Smlouva
mezi Spolkovou republikou Německo
a Českou republikou
o železniční dopravě přes společné státní hranice
a o ulehčené průvozní železniční dopravě

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Tschechische Republik –

Spolková republika Německo
a
Česká republika

in dem Wunsch, den Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze zu erleichtern und zu beschleunigen, und in der Absicht, auf bestimmten Eisenbahnstrecken den erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr zu gestatten –

vedeny snahou, usnadnit a urychlit železniční dopravu přes společné státní hranice a s úmyslem povolit na určených železničních tratích ulehčenou průvozní železniční dopravu,

sind wie folgt übereingekommen:

se dohodly takto:

Abschnitt I
Allgemeine Bestimmungen

Část I
Obecná ustanovení

Artikel 1

Die Vertragsstaaten werden auf der Grundlage ihrer Rechtsvorschriften sowie in Übereinstimmung mit den den Grenzverkehr zwischen beiden Staaten regelnden internationalen Übereinkünften die zur Erleichterung und Beschleunigung des Eisenbahnverkehrs über die gemeinsame Staatsgrenze erforderlichen Maßnahmen treffen.

Článek 1

Smluvní státy učiní na základě svých právních předpisů a v souladu s mezinárodními smlouvami upravujícími pohraniční dopravu mezi oběma státy potřebná opatření nutná k usnadnění a urychlení železniční dopravy přes společné státní hranice.

Artikel 2

Im Sinne dieses Vertrags bezeichnen die Begriffe:

- a) „Gebietsstaat“ den Staat, in dessen Hoheitsgebiet Eisenbahnen, deren Sitz sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats befindet, Eisenbahnverkehr durchführen,
- b) „Nachbarstaat“ den anderen Vertragsstaat,
- c) „Eisenbahnen“ Eisenbahnen mit Sitz in den Vertragsstaaten,
- d) „erleichterter Eisenbahndurchgangsverkehr“
 - die Beförderung von Personen, Gepäck, Gütern und Postsendungen mit der Eisenbahn aus einem Vertragsstaat in denselben Staat über das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats,

Článek 2

Pro účely této smlouvy se označují pojmy:

- a) „územní stát“ stát, na jehož výsoštném území provozují železniční dopravu železnice se sídlem na výsoštném území druhého smluvního státu,
- b) „sousední stát“ druhý smluvní stát,
- c) „železnice“ železnice se sídlem ve smluvních státech,
- d) „ulehčená průvozní železniční doprava“:
 - přepravu osob, zavazadel, zboží a poštovních zásilek po železnici z jednoho smluvního státu do téhož státu přes výsoštné území druhého smluvního státu,

- den Verkehr auf Eisenbahnstrecken, die von Eisenbahnen eines Vertragsstaats betrieben werden und teilweise auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegen,
- e) „Betriebswechselbahnhof“ den Bahnhof, in dem der Übergabe- und Anschlußdienst durchgeführt wird,
- f) „Grenzbahnhof“ den ersten auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats für den Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze bestimmten Bahnhof.
- dopravu na železničních tratích, které jsou provozovány železnicemi jednoho smluvního státu a které částečně leží na výsoštném území druhého smluvního státu,
- e) „výměnná stanice“ stanici, ve které se vykonává přípojová a přechodová služba,
- f) „pohraniční stanice“ první železniční stanici na výsoštném území druhého smluvního státu určenou pro železniční dopravu přes společné státní hranice.

Artikel 3

(1) Die zuständigen Behörden oder sonstigen Stellen der Vertragsstaaten treffen alle Maßnahmen, die für die Tätigkeit der Eisenbahnen gemäß diesem Vertrag erforderlich sind.

(2) Die Eisenbahnen informieren sich gegenseitig über Unfälle, außerordentliche Vorkommnisse und andere Hindernisse, die den Eisenbahnbetrieb zwischen den Vertragsstaaten beeinflussen können.

(3) Folgen von Unfällen, außerordentlichen Vorkommnissen und anderen Hindernissen im Betriebswechselbahnhof beziehungsweise im Grenzbahnhof und auf der Grenzstrecke muß die Eisenbahn mit Sitz in dem Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet die genannten Ereignisse aufgetreten sind, liquidieren. Bei der Beseitigung von Hindernissen im Eisenbahnverkehr gemäß diesem Vertrag werden sich die Eisenbahnen auf Anforderung und in gegenseitigem Einvernehmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.

Abschnitt II

Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze

Artikel 4

(1) Die Eisenbahnen können zur Erfüllung der sich aus diesem Vertrag ergebenden Aufgaben in gegenseitigem Einvernehmen und für die erforderliche Zeit die notwendige Anzahl Bediensteter in den Gebietsstaat entsenden.

(2) Die zuständigen Behörden oder sonstigen Stellen des Gebietsstaats gewähren den Bediensteten der Eisenbahnen mit Sitz im Nachbarstaat bei der Ausübung ihres Dienstes den gleichen Schutz und Beistand wie den Bediensteten der Eisenbahnen mit Sitz im Gebietsstaat.

(3) Die mit der Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben im Eisenbahnverkehr beauftragten Bediensteten des Nachbarstaats sind berechtigt, in Zügen auf der Strecke zwischen der gemeinsamen Staatsgrenze und dem im Gebietsstaat gelegenen Grenz- oder Betriebswechselbahnhof mit Zustimmung der zuständigen Behörden des Gebietsstaats die unbedingt erforderlichen Sofortmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung, insbesondere zum Schutz des Lebens, der Gesundheit, der Freiheit oder wesentlicher Vermögenswerte, zu treffen, zu denen sie nach den Rechtsvorschriften ihres Staates befugt sind. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben dürfen sie ihre Dienstkleidung und ihre Dienstwaffen tragen sowie dienstliche Ausstattungsgegenstände und Diensthunde mitführen.

(4) Die zu ergreifenden Maßnahmen müssen stets den mildesten Eingriff darstellen und müssen erforderlich und geeignet sein, den angestrebten Zweck zu erreichen. Sie dürfen den Einzelnen und die Allgemeinheit nicht unverhältnismäßig beeinträchtigen.

(5) Die mit der Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben im Eisenbahnverkehr beauftragten Bediensteten sind auf den in Absatz 3 bezeichneten Strecken zur Vornahme folgender Sofortmaßnahmen berechtigt:

1. Sie können eine Person in Gewahrsam nehmen, wenn auf andere Weise eine erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung nicht beseitigt, eine unmittelbar bevorstehende erhebliche Gefahr nicht abgewehrt werden

Článek 3

(1) Příslušné orgány nebo jiné instituce smluvních států učiní všechna opatření, která jsou potřebná pro činnost železnic podle této smlouvy.

(2) Železnice se vzájemně informují o nehodách, mimořádných událostech a jiných překážkách, které by mohly ovlivnit železniční provoz mezi smluvními státy.

(3) Následky nehod, mimořádných událostí a jiné překážky ve výměnných stanicích případně v pohraniční stanici a na pohraniční trati musí odstranit železnice se sídlem ve smluvním státě, na jehož výsoštném území došlo k uvedeným událostem. Při odstraňování překážek v železniční dopravě podle této smlouvy se budou železnice na požádání a po vzájemné shodě v rámci svých možností podporovat.

Část II

Železniční doprava přes společné státní hranice

Článek 4

(1) Železnice mohou k plnění úkolů vyplývajících z této smlouvy vysílat do územního státu po vzájemné shodě a na potřebnou dobu nutný počet zaměstnanců.

(2) Příslušné orgány a jiné instituce územního státu poskytnou zaměstnancům železnic se sídlem v sousedním státě při výkonu jejich služby stejnou ochranu a podporu jako zaměstnancům železnic se sídlem v územním státu.

(3) Zaměstnanci sousedního státu pověřeni plněním policejních úkolů v železniční dopravě jsou oprávněni ve vlacích na trati mezi společnými státními hranicemi a pohraniční nebo výměnnou stanicí, ležící v územním státě, činit se souhlasem příslušných orgánů územního státu nezbytně nutná okamžitá opatření pro zachování veřejné bezpečnosti nebo pořádku, zvláště k ochraně života, zdraví, svobody nebo podstatných majetkových hodnot, k nimž jsou oprávněni podle právních předpisů svého státu. Při plnění těchto úkolů smějí nosit služební stejnokroj, služební zbraně a brát s sebou služební výstroj a služební psy.

(4) Opatření, která je třeba učinit, musí být vždy nejmínějším zákrokem a musí být nezbytná a vhodná k dosažení žádaného účelu. Nesmějí omezovat jednotlivce ani veřejnost v neúměrné míře.

(5) Zaměstnanci pověřeni prováděním policejních úkolů v železniční dopravě jsou oprávněni na tratích uvedených v odstavci (3) provádět následující okamžitá opatření:

1. Mohu zajistit osobu, pokud není možné jiným způsobem odstranit závažné porušení veřejné bezpečnosti nebo pořádku, odvrátit bezprostředně hrozící závažné nebezpečí, nebo pokud je zajištění nutné k ochraně osoby před

kann oder der Gewahrsam zum Schutz der Person gegen eine Gefahr für Leib und Leben erforderlich ist. Der Gewahrsam ist aufzuheben, sobald sein Zweck erreicht ist, spätestens aber mit der Übergabe der Person an die zuständige Behörde des Gebietsstaats im Grenz- oder Betriebswechselbahnhof.

2. Sie können Personen und Gepäck durchsuchen bei einem begründeten Verdacht einer strafbaren Handlung oder wenn nicht auszuschließen ist, daß die Person, die nach Ziffer 1 in Gewahrsam genommen worden ist, Sachen mit sich führt, die zum Bruch des Gewahrsams oder zur Schädigung von Leben, Gesundheit oder zur Herbeiführung einer erheblichen Gefahr verwendet werden können. Die bei der Durchsuchung aufgefundenen Sachen können sichergestellt oder beschlagnahmt werden. Die Sicherstellung oder Beschlagnahme ist aufzuheben, sobald ihre Voraussetzungen weggefallen sind, spätestens aber mit Übergabe der sichergestellten oder beschlagnahmten Sache an die zuständige Behörde des Gebietsstaats im Grenz- oder Betriebswechselbahnhof.

(6) Bei Gefahr im Verzug können Sofortmaßnahmen nach Maßgabe von Absatz 3 bis 5 zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, insbesondere zum Schutz des Lebens, der Gesundheit, der Freiheit oder wesentlicher Vermögenswerte, auch ohne Zustimmung der zuständigen Behörden des Gebietsstaats getroffen werden. Die zuständigen Behörden des Gebietsstaats sind hierüber unverzüglich und umfassend zu informieren.

(7) Von der Schußwaffe dürfen die in Absatz 3 aufgeführten Bediensteten des Nachbarstaats im Gebietsstaat nur im Fall der Notwehr Gebrauch machen.

(8) Amtshaftungsansprüche wegen Schäden, die Bedienstete eines Vertragsstaats in Ausübung ihres Dienstes gemäß diesem Artikel auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats verursachen, richten sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, für den der Bedienstete tätig wurde, und sind vor dessen Gerichten geltend zu machen.

Artikel 5

(1) Bedienstete der Eisenbahnen, bei denen es sich um Staatsangehörige beider Vertragsstaaten, Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder anderer Staaten handelt, die in dem Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten nicht der Sichtvermerkpflcht unterliegen und nach diesem Vertrag dienstliche Aufgaben im Gebietsstaat erfüllen, dürfen die gemeinsame Staatsgrenze an der zur Erfüllung dieser Aufgaben erforderlichen Stelle mit einem gültigen Dokument für das Passieren der Staatsgrenze und dem Dienstausweis überschreiten.

(2) In Absatz 1 nicht genannte Bedienstete der Eisenbahnen, die nach diesem Vertrag dienstliche Aufgaben im Gebietsstaat erfüllen, unterliegen den allgemeinen Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten.

(3) Zur Beseitigung der Folgen von Unfällen, Naturkatastrophen und anderen außerordentlichen Vorkommnissen dürfen die in Absatz 1 und 2 genannten Bediensteten der Eisenbahnen die gemeinsame Staatsgrenze auch außerhalb der Grenzübergänge überschreiten, sofern dies zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben erforderlich ist. Diese Bediensteten müssen auf Verlangen der zuständigen Stellen des anderen Vertragsstaats ihre Identität nachweisen.

(4) Die Vertragsstaaten werden Personen, die aufgrund dieses Vertrags in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingereist sind und die

1. die Bestimmungen dieses Vertrags verletzt haben
- oder
2. sich dort rechtswidrig aufhalten,
- jederzeit formlos zurücknehmen.

ohrohenem zdraví a života. Zajištění musí být zrušeno, jakmile je dosaženo jeho účelu, nejpozději však předáním osoby příslušným orgánům územního státu v pohraniční nebo výměnné stanici.

2. Mohou provést prohlídku osob a zavazadel při důvodném podezření z trestné činnosti nebo nelze-li vyloučit, že osoba, která byla zajištěna podle bodu 1, převáží s sebou věci, které by mohly být použity k zabránění zajištění nebo k poškození života, zdraví nebo mohou vést ke vzniku závažného nebezpečí. Věci nalezené při prohlídce mohou být zajištěny nebo zabaveny. Zajištění nebo zabavení musí být zrušeno, pokud podmínky pro ně pominou, nejpozději však předáním zajištěné nebo zabavené věci příslušným orgánům územního státu v pohraniční nebo výměnné stanici.

(6) Při nebezpečí z prodlení mohou být učiněna okamžitá opatření podle odstavců (3) až (5) k zachování veřejné bezpečnosti, zejména na ochranu života, zdraví a podstatných majetkových hodnot i bez souhlasu příslušných orgánů územního státu. Příslušné orgány však o tom musí být bezprostředně a podrobně informovány.

(7) Zaměstnanci sousedního státu uvedení v odstavci (3) mohou v územním státě použít střelnou zbraň pouze v případě nutné obrany.

(8) Nároky z úřední odpovědnosti za škody, které způsobí zaměstnanci jednoho smluvního státu při výkonu své služby podle tohoto článku na výsoštném území druhého smluvního státu, se řídí podle právních předpisů smluvního státu, pro který zaměstnanec vykonával službu, a musí být uplatňovány u jeho soudů.

Článek 5

(1) Zaměstnanci železnic, kteří jsou státními příslušníky obou smluvních států, členských států Evropské unie nebo jiných států a kteří na výsoštném území smluvních států nepodléhají vízové povinnosti a plní služební úkoly v územním státu podle této smlouvy, směřjí překračovat společně státní hranice na místě potřebném pro plnění těchto úkolů s platným dokladem pro překračování státních hranic a služebním průkazem.

(2) Zaměstnanci železnic, kteří nejsou uvedeni v odstavci a kteří podle této smlouvy plní služební úkoly v územním státě, podléhají všeobecným podmínkám podle právních předpisů smluvních států, jež se týkají vstupu a pobytu cizinců.

(3) K odstraňování následků nehod, živelných pohrom a jiných mimořádných událostí směřjí zaměstnanci železnic uvedení v odstavci 1 a 2 překračovat společně státní hranice také mimo hraniční přechody, pokud je to potřebné k plnění služebních úkolů. Tito zaměstnanci musí prokázat na vyzvání příslušných orgánů druhého smluvního státu svou totožnost.

(4) Smluvní státy kdykoliv převezmou zpět osoby, které vstoupily na základě této smlouvy na výsoštném území druhého smluvního státu a které:

1. porušily ustanovení této smlouvy,
- nebo
2. se tam protiprávně zdržují.

Artikel 6

(1) Die Eisenbahnen bestimmen im gegenseitigen Einvernehmen die Bereitstellung der für die Dienstausbübung im Gebietsstaat erforderlichen Räume und Einrichtungen sowie die dafür gegebenenfalls zu entrichtende Vergütung.

(2) Die für die Bediensteten der Eisenbahnen im Gebietsstaat vorgesehenen Räume sind mit Anschriften in deutscher und tschechischer Sprache und der Bezeichnung der Eisenbahnen zu versehen.

(3) Die Bediensteten der Eisenbahnen des Nachbarstaats, die nach diesem Vertrag ihren Dienst im Gebietsstaat ausüben, können ihre Dienstkleidung oder eine sichtbare Dienstkennzeichnung tragen.

Artikel 7

(1) Alle Gegenstände, die für den Dienstgebrauch bestimmt sind und von den Bediensteten der Eisenbahnen mit Sitz im Nachbarstaat bei der Dienstausbübung im Gebietsstaat eingeführt oder ausgeführt werden, sind nach Maßgabe der Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten von Zoll und anderen Gebühren befreit.

(2) Von den Eisenbahnen aufzugebene Spezialfahrzeuge, Anlagen, Material und Ersatzteile, die für die Instandsetzung der Strecke zwischen den Betriebswechselbahnhöfen beziehungsweise Grenzbahnhöfen, für die Ausbesserung des Wagenparks oder die Beseitigung anderer Hindernisse im Grenzverkehr benötigt werden, können zu den in Absatz 1 aufgeführten Bedingungen über die gemeinsame Staatsgrenze befördert werden, wenn die Fahrzeuge und nicht verbrauchtes Material sowie die Ersatzteile in den Staat, aus dem sie ausgeführt wurden, zurückgebracht werden.

(3) Von Zoll und anderen Gebühren befreit sind nach Maßgabe der Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten auch Gegenstände des persönlichen Bedarfs einschließlich der Lebensmittel, die die Bediensteten der Eisenbahnen des Nachbarstaats auf dem Weg zum Dienst und zurück mit sich führen und die sie während des dienstlichen Aufenthalts im Gebietsstaat brauchen.

(4) Dienstfahrzeuge und eigene Fahrzeuge, mit denen die Bediensteten der Eisenbahnen des Nachbarstaats zur Dienstausbübung in den Gebietsstaat fahren und in den Nachbarstaat zurückkehren, sind bei Befolgung der entsprechenden Kontrollmaßnahmen nach Maßgabe der Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten nicht zoll- oder anderweitig gebührenpflichtig. Eine Sicherheitsleistung gegenüber dem Zoll ist nicht erforderlich.

(5) Ein- und Ausfuhrverbote sowie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen beziehen sich nicht auf die in den Absätzen 1 bis 4 aufgeführten Gegenstände und Fahrzeuge.

Artikel 8

Die Aufenthaltszeit der Züge in den Betriebswechsel- oder Grenzbahnhöfen legen die Eisenbahnen der Vertragsstaaten unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Grenzabfertigung fest. Die zuständigen Behörden oder sonstigen Stellen der Vertragsstaaten werden die Bedingungen für eine Minimierung dieser Aufenthalte schaffen.

Artikel 9

Die Eisenbahnen des Nachbarstaats dürfen im Gebietsstaat eigene Dienstbriefe und -pakete für Grenz- und Betriebswechselbahnhöfe im Gebietsstaat ohne Vermittlung der Post befördern.

Artikel 10

Der Gebietsstaat gestattet die Errichtung und das Betreiben von Telekommunikationsanlagen sowie deren Anschluß an entsprechende Anlagen des Nachbarstaats insoweit, als dies ausschließlich für die Tätigkeit der Eisenbahnen im Gebietsstaat und zur Verkehrsleitung zwischen den Eisenbahnen erforderlich ist.

Článek 6

(1) Železnice určí ve vzájemné shodě potřebné služební prostory a zařízení, které mají být poskytnuty pro výkon služby v územním státě, jakož i úhradu, která za ně bude případně placena.

(2) Uvažované prostory pro zaměstnance železnic v územním státě musí být opatřeny nápisy v českém a německém jazyce a označením železnic.

(3) Zaměstnanci železnic sousedního státu, kteří podle této smlouvy vykonávají službu v územním státě, mohou nosit svůj služební stejnokroj nebo viditelné služební označení.

Článek 7

(1) Všechny předměty, které jsou určeny pro služební potřebu a které dovezou nebo vyvezou zaměstnanci železnic se sídlem v sousedním státě při výkonu služby v územním státě, jsou podle právních předpisů smluvních států osvobozeny od cla a jiných poplatků.

(2) Speciální vozidla, zařízení, materiál a rovněž náhradní díly potřebné na opravu trati mezi výměnnými případně pohraničními stanicemi, pro opravu vozového parku anebo odstranění jiných překážek v pohraniční dopravě odesílané železnicemi se mohou za podmínek uvedených v odstavci 1 převážet přes společné státní hranice s podmínkou, že vozidla i nepotřebovaný materiál a náhradní díly budou dopraveny zpět do státu, z něhož byly vyvezeny.

(3) Od cla a jiných poplatků jsou podle právních předpisů smluvních států osvobozeny i předměty osobní potřeby včetně potravin, které si zaměstnanci železnic vezou s sebou na cestě do služby a zpět a které potřebují během služebního pobytu v územním státě.

(4) Služební vozidla a vlastní vozidla, kterými zaměstnanci železnic sousedního státu jezdí k výkonu služby do územního státu a jimiž se vrací zpět do sousedního státu, nepodléhají při dodržování příslušných kontrolních opatření podle právních předpisů smluvních států clu a jiným poplatkům. Zajištění celního dluhu se nevyžaduje.

(5) Zákazy dovozu a vývozu a rovněž omezení dovozu a vývozu se nevztahují na předměty a vozidla uvedené v odstavcích 1 až 4.

Článek 8

Dobu pobytů vlaků ve výměnných nebo pohraničních stanicích určí železnice smluvních států s ohledem na požadavky pohraničního odbavování. Příslušné orgány nebo jiné instituce smluvních států budou vytvářet podmínky pro minimalizaci těchto pobytů.

Článek 9

Železnice sousedního státu mohou v územním státu přepravovat vlastní služební dopisy a balíky pro pohraniční a výměnné stanice v územním státě bez prostřednictví pošty.

Článek 10

Územní stát povoluje zřizování a provoz telekomunikačních zařízení, jakož i jejich napojení na příslušná zařízení sousedního státu, pokud jsou potřebná výhradně pro činnost železnic v územním státě a pro řízení dopravy mezi železnicemi.

Abschnitt III

Erleichterter Eisenbahndurchgangsverkehr

Artikel 11

(1) Das Verzeichnis der Eisenbahnstrecken, auf denen der erleichterte Eisenbahndurchgangsverkehr gestattet ist, wird in der Anlage zu diesem Vertrag aufgeführt. Die Anlage ist Bestandteil dieses Vertrags.

(2) Die Ministerien für Verkehr der Vertragsstaaten sind zur Vereinbarung von Änderungen zu dieser Anlage berechtigt, wenn die Änderungen des Verzeichnisses der Strecken mit erleichtertem Eisenbahndurchgangsverkehr gemäß den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten gebilligt wurden. Die Änderungen werden durch Austausch diplomatischer Noten vereinbart.

Artikel 12

(1) Im erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr werden Reisende, Güter und Postsendungen in Zügen und Wagengruppen befördert.

(2) Im erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr ist es den Reisenden verboten, ein- und auszusteigen, Waren in den oder aus dem Zug zu bringen sowie die Bahn- oder Zollverschlüsse zu öffnen. Die Bediensteten der Eisenbahnen haben die Einhaltung dieser Vorschriften zu überwachen und Zuwiderhandlungen zu verhindern. Bei Nichteinhaltung der Verbote hat der Zugführer, sofern Grenzkontrollorgane nicht anwesend sind, ein Protokoll in deutscher oder tschechischer Sprache aufzunehmen, das in je einer Ausfertigung unverzüglich an die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten zu leiten ist.

(3) Haben Züge im Hoheitsgebiet des Nachbarstaats einen unvorhergesehenen Halt von längerer Dauer, so müssen die Bediensteten der Eisenbahn mit Sitz im Gebietsstaat sicherstellen, daß das zuständige Zollamt und die zuständigen Polizeidienststellen umgehend davon benachrichtigt werden. Tritt ein solches außergewöhnliches Vorkommnis auf der Strecke ein, obliegt die gleiche Pflicht den Bediensteten der Eisenbahn, die Betreiber des erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehrs ist.

(4) Abweichend von Absatz 2 ist im Einvernehmen der zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten im erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr das Ein- und Aussteigen von Reisenden sowie das Be- und Entladen von Reisegepäck auf Grenzbahnhöfen an den Grenzübergängen gestattet, an denen eine gemeinsame Grenzabfertigung durchgeführt wird.

Artikel 13

Die Durchführung des erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehrs richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Gebietsstaats, sofern in diesem Vertrag nichts anderes festgelegt ist.

Artikel 14

(1) Im erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr wird eine Grenzabfertigung nur durchgeführt:

- a) zur Vornahme von Stichprobenkontrollen;
- b) bei Verdacht auf Zuwiderhandlungen Reisender gegen die Festlegungen dieses Vertrags;
- c) zur Verhinderung oder Aufklärung strafbarer Handlungen.

(2) Zur Überwachung der Durchführung dieses Vertrags und zur Gewährleistung der Sicherheit können die Züge auf der Durchgangsstrecke vom Grenzkontroll- und Polizeipersonal beider Vertragsstaaten begleitet werden. Die Bediensteten dürfen den Begleitdienst in den Bahnhöfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beginnen und beenden. Werden die Züge begleitet, so kann die nach Absatz 1 zulässige Grenzabfertigung auch während der Fahrt vorgenommen werden. Für die Durchführung dieser Grenzabfertigung, für die Begleitung der Züge sowie für die Bereitstellung der Diensträume und vorgezogenen

Část III

Ulehčená průvozní železniční doprava

Článek 11

(1) Seznam železničních tratí, na nichž je povoleno provádět ulehčenou průvozní železniční dopravu, je uveden v příloze k této smlouvě. Příloha je nedílnou součástí této smlouvy.

(2) Ministerstva dopravy smluvních států jsou oprávněna dohodnout změny této přílohy, jestliže byly změny seznamu tratí s ulehčenou průvozní železniční dopravou schváleny podle právních předpisů smluvních států. Změny budou dohodnuty výměnou diplomatických nót.

Článek 12

(1) V ulehčené průvozní železniční dopravě se přepravují cestující, zboží a poštovní zásilky ve vlacích a skupinách železničních vozů.

(2) V ulehčené průvozní železniční dopravě je cestujícím zakázáno nastupovat a vystupovat, vnášet do vlaku zboží nebo je z něho vynášet, jakož i otevírat železniční nebo celní uzávěry. Zaměstnanci železnic jsou povinni dohlížet na dodržování těchto předpisů a zabráňovat jejich porušování. Při nedodržení zákazů je vlakvedoucí, pokud nejsou přítomny pohraniční kontrolní orgány, povinen sepsat protokol v německém nebo českém jazyce, který musí být neprodleně doručen příslušným orgánům obou smluvních států, každému jedno vyhotovení.

(3) Mají-li vlaky na výsoštném území sousedního státu nepředvídanou zastávku delšího trvání, jsou zaměstnanci železnice se sídlem v územním státě povinni zajistit, aby o tom byl neprodleně informován příslušný celní úřad a příslušné služební policie. Dojde-li k takové mimořádnosti na trati, mají stejnou povinnost zaměstnanci železnice, která je provozovatelem ulehčené průvozní železniční dopravy.

(4) Odchylně od ustanovení odstavce 2 je po vzájemné dohodě příslušných orgánů obou smluvních států povoleno v ulehčené průvozní železniční dopravě nastupování a vystupování osob, jakož i nakládání a vykládání zavazadel v pohraničních stanicích na těch hraničních přechodech, na nichž je prováděno společné pohraniční odbavování.

Článek 13

Provádění ulehčené průvozní železniční dopravy se řídí právními předpisy územního státu, pokud tato smlouva nestanoví jinak.

Článek 14

(1) V ulehčené průvozní železniční dopravě se pohraniční odbavování provádí jen:

- a) k provedení namátkových kontrol,
- b) při podezření, že cestující porušili ustanovení této smlouvy,
- c) k zabránění trestné činnosti nebo k jejímu objasnění.

(2) Ke sledování provádění této smlouvy a pro zajištění bezpečnosti mohou být vlaky na průvozních tratích doprovázeny zaměstnanci pohraniční kontroly a policie obou smluvních států. Zaměstnanci smějí začínat a končit doprovodnou službu ve stanicích na výsoštném území druhého smluvního státu. Při doprovodu vlaků může být pohraniční odbavování přípustné podle odstavce (1) prováděno i během jízdy. Pro provádění pohraničního odbavování, pro doprovod vlaků a pro poskytování služebních prostor a zřizování předsunutých stanišť pohraničního odbavování platí Smlouva mezi Spolkovou republikou

Grenzabfertigungsposten gilt der Vertrag vom 19. Mai 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr.

(3) Für die mit der Wahrnehmung von Polizeiaufgaben im erleichterten Durchgangsverkehr beauftragten Bediensteten gelten die Bestimmungen des Artikels 4 Absatz 3 bis Absatz 8.

Artikel 15

(1) Im erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr ist ein Durchreisegesichtvermerk nicht erforderlich. Reisende müssen jedoch einen amtlichen Ausweis zum Nachweis der Identität mit sich führen.

(2) Ein Reisender, dem nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten aus Gründen der Altersgrenze bisher kein amtlicher Ausweis ausgestellt wurde, darf den erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr nur in Begleitung eines Reisenden mit amtlichem Ausweis in Anspruch nehmen.

(3) Bedienstete der Eisenbahnen sind verpflichtet, einen amtlichen Ausweis und einen Dienstausweis mit sich zu führen.

Artikel 16

Für die Übergabe personenbezogener Daten zu Zwecken, die durch diesen Vertrag geregelt werden, gelten die entsprechenden Bestimmungen des Vertrags vom 19. Mai 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr.

Artikel 17

(1) Beförderungsverbote und -beschränkungen des Gebietsstaats zum Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen gelten auch für den erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr.

(2) Für lebende Pflanzen und Pflanzenteile ist bei der Beförderung im erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr kein Gesundheits- oder Ursprungszeugnis erforderlich.

(3) Eine Einfuhruntersuchung von Fleisch wird im erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr nicht durchgeführt.

Artikel 18

(1) Jeder Vertragsstaat kann den erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr vorübergehend ganz oder teilweise einstellen, wenn dieses die Sicherheit auf seinem Hoheitsgebiet erfordert.

(2) Über eine Entscheidung gemäß Absatz 1 muß ein Vertragsstaat so schnell wie möglich den anderen Vertragsstaat im voraus in schriftlicher Form informieren. In dringenden Fällen kann der andere Vertragsstaat vorab in mündlicher und so schnell wie möglich anschließend in schriftlicher Form informiert werden.

Abschnitt IV Schlußbestimmungen

Artikel 19

Eventuelle Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder die Durchführung dieses Vertrags werden durch Verhandlungen der Vertragsstaaten beigelegt.

Artikel 20

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht. Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden folgt.

Německo a Českou republikou o ulehčení pohraničního odbavování v železniční a vodní dopravě ze dne 19. května 1995.

(3) Pro zaměstnance pověřené výkonem policejních úkolů v ulehčené průvozní železniční dopravě platí ustanovení článku 4 odstavce 3 až 8 této smlouvy.

Článek 15

(1) V ulehčené průvozní železniční dopravě nejsou zapotřebí tranzitní víza. Cestující jsou však povinni mít s sebou průkaz totožnosti.

(2) Cestující, jemuž nebyl podle právních předpisů některého ze smluvních států z důvodu věkové hranice průkaz totožnosti dosud vydán, může použít ulehčenou průvozní železniční dopravu jen v doprovodu cestujícího s platným průkazem totožnosti.

(3) Zaměstnanci železnic jsou povinni mít s sebou průkaz totožnosti a služební průkaz.

Článek 16

Pro předávání osobních údajů k účelům upravený touto smlouvou platí příslušná ustanovení Smlouvy mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o ulehčení pohraničního odbavování v železniční, silniční a vodní dopravě ze dne 19. května 1995.

Článek 17

(1) Zákazy a omezení přepravy územního státu na ochranu osob, zvířat a rostlin platí také pro ulehčenou průvozní železniční dopravu.

(2) Pro živé rostliny a části rostlin není přepravě v ulehčené průvozní železniční dopravě zapotřebí zdravotní osvědčení nebo osvědčení o původu.

(3) Dovozní vyšetření se v ulehčené průvozní železniční dopravě neprovádí.

Článek 18

(1) Každý ze smluvních států může ulehčenou průvozní železniční dopravu dočasně zcela nebo zčásti zastavit, vyžaduje-li to bezpečnost na jeho výsoštném území.

(2) O rozhodnutí podle odstavce 1 musí být druhý smluvní stát informován předem co nejrychleji písemně. V naléhavých případech může být druhý smluvní stát informován předem nejdříve ústně a poté co nejrychleji i písemně.

Část IV Závěrečná ustanovení

Článek 19

Případné spory týkající se výkladu nebo provádění této smlouvy budou řešeny jednáním smluvních států.

Článek 20

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny v Bonnu v době co nejkratší. Tato smlouva vstoupí v platnost prvního dne měsíce následujícího po dni výměny ratifikačních listin.

(2) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem Vertragsstaat schriftlich gekündigt werden. In diesem Fall wird die Kündigung zwölf Monate nach dem Tag wirksam, an dem sie dem anderen Vertragsstaat zugegangen ist.

(2) Tato smlouva se sjednává na dobu neurčitou. Každý ze smluvních států však může smlouvu písemně vypovědět. Platnost smlouvy skončí uplynutím dvanácti měsíců ode dne doručení oznámení o vypovědi druhému smluvnímu státu.

Geschehen zu Prag am 19. Juni 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Dáno v Praze dne 19. června 1997 ve dvou původních vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo
Heinrich Horsten
Matthias Wissmann

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku
Martin Ríman

Anlage
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über den Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze
und über den erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr

Verzeichnis
der Strecken mit erleichtertem Eisenbahndurchgangsverkehr
gemäß Artikel 11 Absatz 1 des Vertrags

Der erleichterte Eisenbahndurchgangsverkehr wird für die nachstehenden Strecken genehmigt:

Strecke zwischen Bahnhöfen	Durchgangsstrecke ab km ... bis km ...
	Tschechische Bahnen
a) Großschönau – Seifhennersdorf (Sachsen)	9,688 – 13,707
	Deutsche Bahn AG
b) Varnsdorf – Liberec	9,688 – 0,180 Staatsgrenze – Großschönau (S) – Mittelherwigsdorf 32,700 – 24,528 Mittelherwigsdorf – Zittau – Staatsgrenze zur Republik Polen
c) Bad Brambach – Vojtánov	51,897 – 52,085 55,525 – 59,459
d) Oberoderwitz – Wilthen	21,031 – 22,053
e) Plauen – Bad Brambach (Vogtland)	47,610 – 48,137

Příloha

Seznam
tratí s ulehčenou průvozní železniční dopravou

Ulehčená průvozní železniční doprava je povolena na těchto tratích:

Trať mezi stanicemi	Průvozní trať od km ... do km ...
	České dráhy
a) Großschönau – Seifhennersdorf (Sachsen)	9,688 – 13,707
	Deutsche Bahn AG
b) Varnsdorf – Liberec	9,688 – 0,180 státní hranice – Großschönau (S) – Mittelherwigsdorf 32,700 – 24,528 Mittelherwigsdorf – Zittau (Žitava) – státní hranice s Polskou republikou
c) Bad Brambach – Vojtánov	51,897 – 52,085 55,525 – 59,459
d) Oberoderwitz – Wilthen	21,031 – 22,053
e) Plauen/Plavno – Bad Brambach (Vogtland)	47,610 – 48,137

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Am 19. Juni 1997 ist der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze und über den erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr in Prag unterzeichnet worden. Der Vertrag sieht Regelungen zu den Befugnissen des Grenz- und Polizeipersonals auf den grenznahen Strecken im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr im jeweils anderen Land vor. Er enthält ferner eine Regelung des sog. „erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehrs“, einer Besonderheit des Eisenbahnverkehrs, bei dem praktisch nur ein Transit durch einen Teil des jeweils anderen Landes erfolgt (z.B. „Gebietszipfel“) und eine Grenzabfertigung nur in bestimmten Fällen durchgeführt wird. Darüber hinaus enthält der Vertrag Regelungen zur gegenseitigen Information bei Unfällen sowie zur Dienstausbildung des Personals (Grenzübertritt, Diensträume und -post, Telekommunikationsanlagen).

II. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 1

Artikel 1 nennt als Vertragsziel die Erleichterung und Beschleunigung des grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehrs.

Zu Artikel 2

Artikel 2 erläutert die im Vertrag verwendeten Begriffe.

Zu Artikel 3

Artikel 3 verweist auf die Verantwortung der Vertragsstaaten für die Tätigkeit der Eisenbahnen, die gegenseitige Informationspflicht der Eisenbahnen bei Unfällen, außerordentlichen Vorkommnissen und anderen Hindernissen, sowie die Pflicht der Eisenbahnen zu deren Beseitigung und zur gegenseitigen Unterstützung.

Zu Artikel 4

Artikel 4 regelt ein Tätigwerden der Bediensteten der Eisenbahnen im jeweils anderen Staat.

Nach Absatz 1 ist die Entsendung von Bediensteten in den jeweils anderen Vertragsstaat im gegenseitigen Einvernehmen möglich.

Absatz 2 verpflichtet den Gebietsstaat zu Schutz und Beistand für diese Bediensteten.

Die Absätze 3 bis 5 regeln – erstmals mit der Tschechischen Republik – (bahn-)polizeiliche Eingriffsbefugnisse im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr bis zum nächstgelegenen Grenzbahnhof des jeweils anderen Staates. Die mit der Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben im Eisenbahnbereich beauftragten Bediensteten des Nachbarstaats dürfen danach nach Maßgabe ihres jeweiligen Rechts die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung, namentlich bei Gefahren für Leben, Gesundheit, Freiheit oder wesentliche Vermögenswerte unbedingt erforderlichen Sofortmaßnahmen treffen. Insbesondere können sie unter den besonderen

Voraussetzungen des Absatzes 5 Personen in Gewahrsam nehmen und – z.B. bei begründetem Verdacht einer Straftat – Durchsuchungen von Personen und Gepäck vornehmen. Die Maßnahmen dürfen, außer bei Gefahr im Verzug, nur mit Zustimmung der zuständigen Behörden des Gebietsstaats getroffen werden. Die Regelung trägt ausdrücklich dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz (Absatz 4) und dem Subsidiaritätsgedanken Rechnung. Beide Seiten haben bereits Aufzeichnungen über die einschlägigen (bahnpolizeilichen) Eingriffsbefugnisse sowie über Rechtsschutzmöglichkeiten und über die Durchsetzung von Amtshaftungsansprüchen ausgetauscht.

Zu Artikel 5

Artikel 5 regelt den Grenzübertritt der Bediensteten der Eisenbahnen.

Zu Artikel 6

Artikel 6 regelt die Bereitstellung von Diensträumen sowie das Recht der Bediensteten, im Gebietsstaat Dienstkleidung und Dienstkennzeichnung zu tragen.

Zu Artikel 7

Artikel 7 befreit nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften bestimmte Gegenstände des Dienstgebrauches von Zoll und anderen Gebühren.

Zu Artikel 8

Artikel 8 zielt auf eine Minimierung der Grenzaufenthaltszeiten in den Betriebswechsel- und Grenzbahnhöfen.

Zu Artikel 9

Artikel 9 ermöglicht die Dienstpostbeförderung im grenznahen Bereich des jeweils anderen Staates.

Zu Artikel 10

Artikel 10 erlaubt die Einrichtung und das Betreiben von Telekommunikationsanlagen.

Zu Artikel 11

Artikel 11 bezieht die in der Anlage aufgeführten Strecken des Eisenbahndurchgangsverkehrs in den Vertrag ein.

Zu Artikel 12

Artikel 12 legt im einzelnen die Befugnisse sowie Verbote im erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr fest.

Zu Artikel 13

Artikel 13 bestimmt, daß im erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr grundsätzlich das Recht des Gebietsstaats zur Anwendung kommt.

Zu Artikel 14

Artikel 14 bestimmt den Umfang der Grenzabfertigung im erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr.

Zu Artikel 15

Artikel 15 statuiert die Verpflichtung der Reisenden und Bediensteten, sich im erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr durch entsprechende Ausweise zu legitimieren.

Zu Artikel 16

Artikel 16 verweist hinsichtlich des Datenschutzes auf die Regelungen des Vertrages vom 19. Mai 1995 über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr.

Zu Artikel 17

Artikel 17 enthält Bestimmungen für die phytosanitären und veterinären Kontrollen im erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr.

Zu Artikel 18

Artikel 18 regelt die Möglichkeiten der Einschränkung und Einstellung des erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehrs durch die Vertragsstaaten, wenn dies die Sicherheit auf ihrem Hoheitsgebiet erfordert.

Zu Artikel 19

Artikel 19 verweist zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten auf die Vertragsstaaten.

Zu Artikel 20

Artikel 20 Abs. 1 enthält die Ratifikationsklausel und regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages.

Absatz 2 legt die Gültigkeit des Vertrages auf unbestimmte Zeit fest und sieht die Möglichkeit der schriftlichen Kündigung vor.